

POSITIONSPAPIER SP SCHWEIZ

Verkehr und Finanzplatz als blinde Flecken
der Schweizer Klimapolitik

SP WILL TATEN STATT ILLUSIONEN



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1. Das Ausmass der Klimaerwärmung ist für die Menschheit sehr gefährlich	4
2. Die Schweizer Klimapolitik ist viel zu schwach	5
3. Die SP verlangt die Klimasanierung des blinden Flecks Verkehr	7
4. Die SP verlangt eine klimakompatible Finanzplatzstrategie	9
5. Energiepolitik als tragende Säule der Klimapolitik	11
6. Fazit	12

ZUSAMMENFASSUNG

Mit dem Pariser Klimaübereinkommen hat die Schweiz eine der grössten Herausforderungen der Menschheit angenommen. Sie hat sich zusammen mit 195 anderen Staaten dazu verpflichtet, ihr Möglichstes dazu beizutragen, um die Klimaüberhitzung auf 1,5° bis 2° zu begrenzen. Der Klimawandel soll nicht zu einer noch grösseren Bedrohung für die Zivilisation werden.

Leider sind die Umsetzungsvorschläge des Bundesrates im Rahmen der Klimapolitik 2020-2030 viel zu schwach. Erstens werden bei Gebäudebeheizung und Industrie die Instrumente abgeschwächt, also gerade dort, wo die Schweiz bisher eine vertretbare Politik umgesetzt hat. Zweitens schlägt der Bundesrat in den zwei klimapolitisch brachliegenden Bereichen des Verkehrs und des Finanzplatzes keine nennenswerte Massnahme vor. Diese Mutlosigkeit ist inakzeptabel.

Mittlerweile stösst der Verkehr beinahe die Hälfte des inländischen CO₂ aus. Im Bereich Mobilität will der Bundesrat aber leider auf einen sehr grossen Hebel verzichten. Hier ist nicht nur die bundesrätliche Position schwach, auch die bisherige links-grüne Positionierung braucht eine Weiterentwicklung. Wir sollten die Illusion aufgeben, dass die Menge des Strassenverkehrs rasch und signifikant sinken wird. Für die SP ist daher klar, dass nur dank einer raschen Elektrifizierung des Strassenverkehrs mit erneuerbarem Strom der CO₂-Ausstoss genügend reduziert werden kann.

Die Investitionen in Öl, Gas und Kohle, welche vom Schweizer Finanzplatz aus gesteuert werden, bewirken weltweit mindestens das Zehnfache aller inländischen Treibhausgasemissionen der Schweiz. Für die SP braucht es eine klimakompatible vorausschauende Finanzplatzstrategie, um unsere Finanzwirtschaft und unsere Pensionskassen vor dem unausweichlichen Platzen der Kohlenstoffblase zu bewahren. Neben dem Klima stehen also auch die BVG-Renten der 2. Säule auf dem Spiel. Hier droht die bürgerliche Haltung des „Laissez-Faire“ unser Land und das Klima an die Wand zu fahren. Sie erliegt der grossen Illusion, dass sich die Investitionsflüsse ohne staatliche Leitplanken von selbst genügend umorientieren werden. Die Schweiz soll in Sachen Klima und Finanzplatz vorausschauender agieren als damals in Sachen Steuerhinterziehung und Bankgeheimnis, wo sie viel zu spät auf die Weissgeldstrategie gesetzt hat. Letztlich hätte die Schweiz nur profitiert, wenn sie die Kurve schneller gekriegt hätte. Im Klimabereich darf dieser Fehler nicht wiederholt werden.

Die SP fordert deshalb auf allen politischen Ebenen ein deutlich stärkeres nationales und internationales Engagement für den Klimaschutz. Insbesondere fordert sie, dass der Schweizer Finanzmarkt ab 2030 keine Investitionen in die Erschliessung fossiler Energieträger mehr tätigt und dass die Strassenmobilität rasch elektrisiert wird, sodass es ab 2040 keine fossilen Verbrennungsmotoren mehr gibt. Nur so lassen sich die Ziele des Pariser Klimaübereinkommens erreichen.

1. DAS AUSMASS DER KLIMAERWÄRMUNG IST FÜR DIE MENSCHHEIT SEHR GEFÄHRLICH

Die Auswirkungen der Erderwärmung gehören zu den grössten mittelbaren Bedrohungen der Menschheit. Gelingt es nicht, sie auf plus 1.5°-2° zu beschränken, werden Naturkatastrophen, Ernährungsprobleme, Migrationsströme und Verdrängungskonflikte in noch bedrohlicherer Masse zunehmen. Das Klima könnte einen Kipppunkt erreichen, an dem seine Entwicklung sich nicht mehr voraussagen und vor allem nicht mehr kontrollieren lässt. Alle massgebenden wissenschaftlichen Institutionen unterstreichen mit ihren Forschungsergebnissen das Risiko, dass dies innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahrzehnte erreicht sein könnte, sollte es nicht gelingen, den menschlichen Ausstoss an Treibhausgasen stark einzudämmen. Die Schweiz ist überdurchschnittlich von der Erwärmung betroffen. Die Durchschnittstemperatur hat im letzten Jahrhundert bereits um ein Grad zugenommen. Überschwemmungen, Erdbeben und Trockenperioden bedrohen die Wirtschaft zunehmend. Der Wintertourismus verliert vielerorts seine Grundlage, die Gletscher schmelzen rasch, die Biodiversität schwindet, die Gesundheit der Menschen ist direkt bedroht und Todesfälle sind die Folge (Hitzesommer).

Zudem hat der Ansturm auf die letzten einfach zu fördernden Öl- und Gasreserven, insbesondere im Nahen Osten, katastrophale Konsequenzen für die Menschen. Vom Mittelmeer bis zum Hindukusch gibt es Kriege, welche vom und für das Öl finanziert werden. Diese bedrohen das Leben von hunderten Millionen von Menschen und treiben sie in die Flucht.

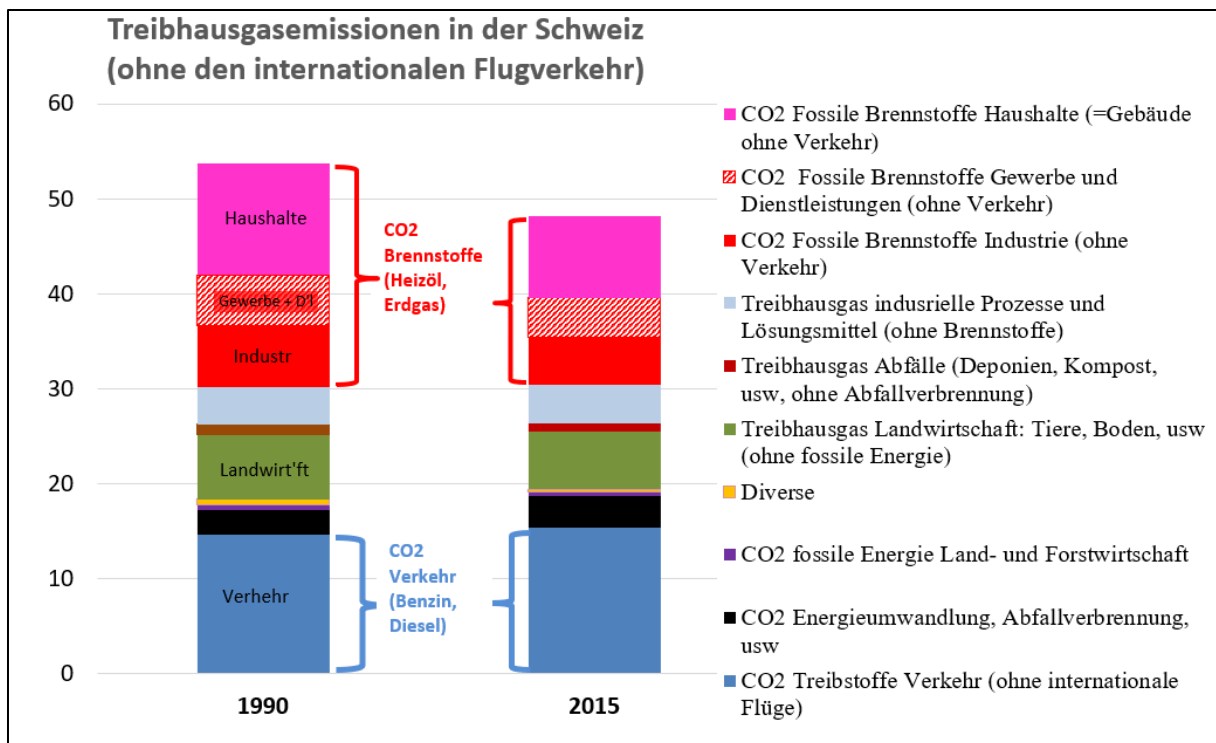
Um die Menge an Treibhausgasen in der Atmosphäre zu stabilisieren, darf die Menschheit nur noch eine bestimmte Menge an Kohle, Erdöl oder Erdgas verbrennen. Diese Menge ist fünf Mal kleiner als die fossilen Reserven, welche die grossen Energiekonzerne der Welt in ihren Bilanzen ausweisen. Die Stabilisierung des Klimas kann somit nur gegen die wirtschaftlichen Interessen der Öl, Gas- und Kohleindustrie durchgesetzt werden, die zwangsläufig stark an Wert verlieren wird, wenn der nötige Umstieg auf erneuerbare und effiziente Energieversorgung rechtzeitig erfolgen soll. Deshalb lässt sich die Klimaerhitzung nur durch klare politische Rahmenbedingungen, durch ordnungspolitische Eingriffe abwenden. Es wird keine Knappheits- oder Preissignale auf dem Energiemarkt geben, die die Energiewende rechtzeitig ermöglichen. Der Markt wird es nicht richten. Es braucht entschlossenes politisches Handeln. Die gute Nachricht ist, dass die technischen Lösungen zur Bereitstellung von Strom, Wärme oder Prozessenergie auf der Basis von erneuerbaren Energieträgern längst da sind und immer günstiger werden.

Das Pariser Klimaübereinkommen will die Klimaerhitzung auf deutlich unter 2 °C, möglichst 1,5 °C, begrenzen. Dazu sollen die Treibhausgasemissionen weltweit zwischen 2045 und 2060 auf null gesetzt werden. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, Zwischenziele festzulegen und regelmässig über die Zielerreichung zu berichten. Sie sollen sicherstellen, dass die Finanzflüsse zur Erreichung der Ziele beitragen. Die Industrieländer erklären sich zudem bereit, solidarisch zur Finanzierung von Massnahmen in Südländern rund 100 Mrd. Dollar jährlich und zusätzlich aufzubringen und damit einen Beitrag zu mehr Klimagerechtigkeit zu leisten.

2. DIE SCHWEIZER KLIMAPOLITIK IST VIEL ZU SCHWACH

In den letzten 25 Jahren hat die Schweiz ihre Emissionen um bloss 10 % gesenkt. Diese geringe Verbesserung ist erst in den letzten zehn Jahren zustande gekommen und ist fast ausschliesslich auf Verbrauchreduktionen bei den fossilen Brennstoffen zurückzuführen, wie aus der folgenden Grafik zu entnehmen ist.

Grafik: die Treibhausgasemissionen der Schweiz in jährlichen Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten (ohne internationalen Luftverkehr)



Die Schweizer Gebäude emittieren dank der CO₂-Abgabe, dem Gebäudesanierungsprogramm und den kantonalen Mustervorschriften zwar einen Viertel weniger CO₂ als noch 1990. Diese erfreuliche Entwicklung zeigt, dass dort, wo Massnahmen getroffen werden, auch Erfolge erzielt werden. Dieses Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als in dieser Zeit die Wohnfläche um 40% und die Fläche für Industrie und Dienstleistungen um 26% gewachsen sind. Der Umbau geht mit einer Sanierungsrate von rund 1% pro Jahr aber immer noch deutlich zu langsam. Die Schweiz ist immer noch eines der europäischen Länder, das pro Kopf am meisten Erdöl verheizt.

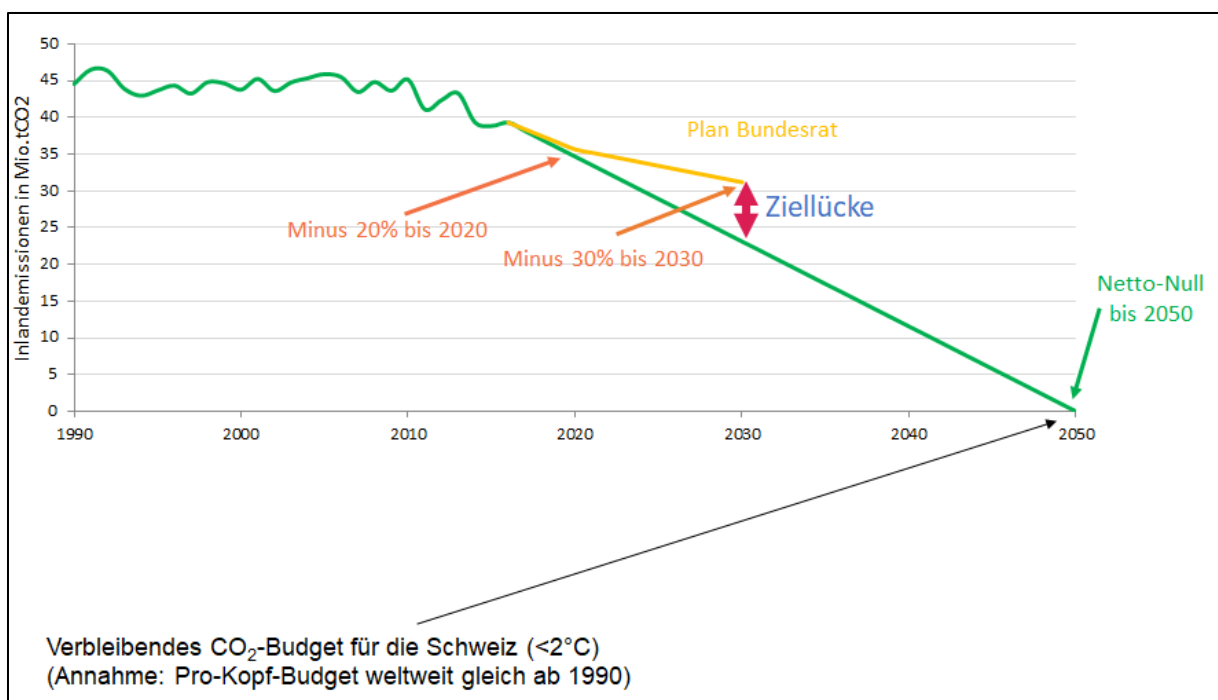
Beim Verkehr ist die Entwicklung derart schlecht, dass selbst das schwache Sektorziel gemäss geltendem CO₂-Gesetz klar verfehlt werden dürfte. Die leichte Senkung ab 2015 ist leider nicht auf politische Massnahmen, sondern auf eine Reduktion des Tanktourismus nach dem Frankenschock zurückzuführen. Es gibt zwar geringfügig effizientere Fahrzeuge, gesamthaft werden aber mehr Kilometer gefahren, sodass der CO₂-Ausstoss kaum gesunken ist. Der internationale Flugverkehr aus der Schweiz emittiert mittlerweile 5 Millionen Tonnen jährlich, was schon ein Drittel der Emissionen des Strassenverkehrs ist, mit stark steigender Tendenz. Bisher wurde die Aviatik von der nationalen und internationalen

Klimapolitik ausgenommen. Sie wird voraussichtlich im Jahr 2030 jener Sektor sein, der die Klimabilanz der Schweiz am stärksten belastet.

Die Klimaauswirkungen der Schweiz begrenzen sich nicht auf Emissionen auf Schweizer Territorium. Dies ist u.a. auf die graue Energie und die entsprechenden Emissionen unserer importierten Konsumgüter zurückzuführen, welche sich nota bene in den steigenden Emissionen der Abfallverbrennung widerspiegeln. Gesamthaft gesehen geht die internationale klimaschädigende Auswirkung der Schweiz aber vor allem auf das Konto des Finanzplatzes. Die Schweiz investiert sehr viel Geld in klimaschädigende Wirtschaftszweige und gehört aufgrund der grossen Vermögen und Ersparnisse zu den grössten Investoren der fossilen Energieversorgung. Wie das Bundesamt für Umwelt (BAFU) festgestellt hat, führen die Investitionen, welche die Schweizer Anlegerinnen und Anleger tätigen, hochgerechnet auf den globalen Massstab, zu einer Klimaerwärmung um 4-6 Grad.

Vor diesem Hintergrund ist völlig unverständlich, warum der Bundesrat mit dem neuen CO₂-Gesetz eine vollkommen mutlose Vorlage präsentiert. Das revidierte CO₂-Gesetz will im Wesentlichen die bisherigen Instrumente des Klimaschutzes weiter führen, auch wenn klar ist, dass diese nicht ausreichen. Statt das Tempo des Ausstiegs aus der fossilen Versorgung zu beschleunigen, wird es verlangsamt. Bis 2030 soll der CO₂-Rückgang pro Jahr nur 1% betragen, halb so viel wie aktuell.

Grafik: Die Verwässerung der Ziele des Bundesrates graphisch dargestellt.



Aus SP-Sicht liegt die bundesrätliche Vorlage in folgenden Bereichen besonders falsch:

- Es fehlt eine Bestimmung, welche sicherstellt, dass die Finanzflüsse zu den Zielen beitragen.
- Beim blinden Fleck Strassenmobilität schlägt der Bundesrat keine inländische Massnahme vor und schwächt sogar die Beschlüsse der Energiestrategie ab (zeitli-

che Erstreckung der CO₂-Emissionsvorschriften für Autos). Er schlägt dafür als weltweit einziges Land vor, im Sinne des mittelalterlichen Ablasshandels drei Viertel der Emissionen der Strassenmobilität im Ausland mit „Reduktionszertifikaten“ fragwürdiger Qualität zu kompensieren.

- Mit der Aufhebung des Gebäudesanierungsprogrammes 2025 entfernt der Bundesrat das erfolgreichste Einzelinstrument der bisherigen Klimapolitik.
- Wie der Schweizer Beitrag zur Finanzierung der Klimaschutzmassnahmen im Süden zusammenkommen soll, ist völlig unklar.

Es ist offensichtlich, dass sich die Paris-Ziele mit der Gesetzesvorlage des Bundesrates nicht erreichen lassen. Es ist unklar, ob der Bundesrat die Tragweite des Problems erkannt hat oder nicht. Daher ist auch unklar, **ob er aus Ignoranz, mangelndem Mut oder eventuell auch Doppelzüngigkeit** ein so schwaches Gesetz vorgeschlagen hat.

Auf jeden Fall will die SP das nicht hinnehmen. Daher werden in den zwei folgenden Kapiteln konkrete Vorschläge der SP für die zwei grossen blinden Flecken in der Schweizer Klimapolitik, nämlich Verkehr und Finanzplatz, formuliert.

3. DIE SP VERLANGT DIE KLIMASANIERUNG DES BLINDEN FLECKS VERKEHR

Nicht nur die bundesstaatliche Politik ist in diesem Bereich unzureichend. **Auch die linksgrüne Positionierung bedarf in diesem Sektor einer seriösen Aktualisierung.** Die Vorstellung, dass man die Umweltprobleme des Strassenverkehrs alleine mit einem Mix aus raumplanerischen Massnahmen, der Entwicklung des Fuss- und Veloverkehrs, der Genügsamkeit und aus der Förderung des öffentlichen Verkehrs lösen kann, erweist sich als Illusion. Alle diese Massnahmen sind zwar richtig und entschieden fortzusetzen, aber es ist keineswegs zu erwarten, dass sie ausreichen, um die CO₂- und Luftschadstoffemissionen des Strassenverkehrs um mehr als einen Bruchteil im Vergleich zum heutigen Niveau zu reduzieren.

Zur Veranschaulichung des Problems folgendes Rechenbeispiel: Man müsste bei stabilen Mobilitätsaufkommen die mengenmässige Leistung des öffentlichen Verkehrs vervierfachen, um den motorisierten Individualverkehr zu ersetzen. Selbst wenn die Durchdringung mit öffentlichem Verkehr im urbanen und im suburbanen Raum noch massiv erhöht wird, was zu hoffen ist, wird es nicht ausreichen, um den Strassenverkehr um einen Faktor drei oder vier zu reduzieren.

Somit wird klar: **Es wird weiterhin eine substantielle Menge an Strassenverkehr geben, und dieser gehört in Bezug auf Klima, Luftschadstoffe, Lärm und Sicherheit saniert.** Zudem soll er in der engen Schweiz keinen zusätzlichen Raum beanspruchen.

Aus SP-Sicht liegt die realistischste Option zur Überwindung der fossilen Mobilität in der Elektrifizierung des Individualverkehrs mit erneuerbarem Strom. Wie der [Bericht](#)

[Nordmann](#) aufzeigt, ist dieser Weg ökologisch vorteilhaft, auch wenn die Umweltbilanz der Fahrzeuge und Batterien noch verbessert werden muss. **Spätestens 2040 sollen nur in seltenen Ausnahmefällen Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden.**

Neben den offensichtlichen Vorteilen aus globaler Klimasicht bringt die Elektrifizierung grosse lokale Vorteile, **indem der Lärm und die lokale Luftverschmutzung gerade dort reduziert werden, wo viele Menschen leben, nämlich entlang der Verkehrsachsen in unseren Städten und Dörfern.** Die mit den Batterien verbundenen negativen Umweltauswirkungen sind nicht zu verneinen, aber sie sind gegenüber den steigenden negativen Auswirkungen der Ölförderung abzuwägen. Neben der eigentlichen Verbrennung hat die Ölförderung zunehmend zerstörerische Auswirkungen auf die Ökosysteme.

Die Elektrifizierung ist zwingend in eine **Gesamtstrategie zur ökologischen Sanierung des Verkehrssystems einzubetten. Es gilt, den öffentlichen Verkehr und den Fuss- und Veloverkehr inklusive E-Bikes zu stärken. Güter gehören auf die Bahn. Die Verlagerung gemäss Verfassungsauftrag muss umgesetzt werden.** Wichtig ist, dass die Raumplanung ebenso wie die Wirtschaft mit ihren Anstellungsbedingungen und Arbeitszeiten zur Vermeidung und Effizienzsteigerung des Verkehrs beitragen. Im [Bericht Nordmann](#) (Kap. 7) wird ein **Bündel von konkreten praktischen Massnahmen vorgeschlagen, welche optimiert und umgesetzt gehören.**

Der bedrohlichen schweizerischen und weltweiten Steigerung der CO₂-Emissionen aus dem Luftverkehr ist dezidiert entgegenzuwirken. Die Situation ist mittlerweile völlig absurd, da es billiger geworden ist, mit dem Flugzeug für einen Wochenendausflug nach Porto oder Helsinki zu fliegen als mit der Bahn oder dem Auto von Zürich nach Locarno oder Brig zu fahren.

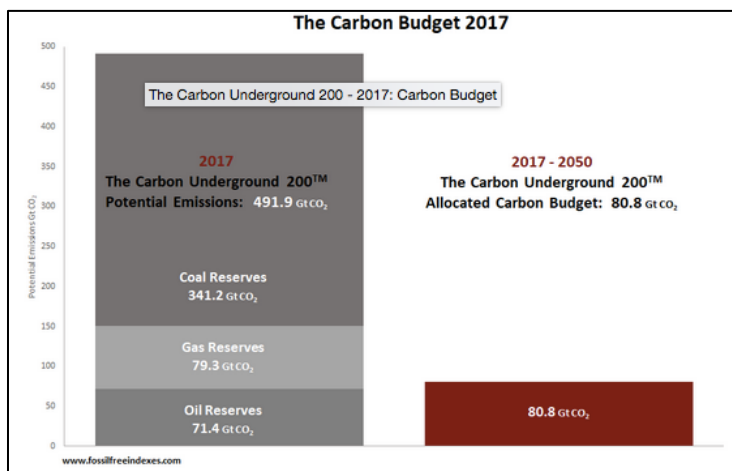
Die weltweiten Bemühungen, den Luftverkehr in die Klimaverantwortung einzubeziehen, sind zwar zu begrüßen, gehen aber viel zu langsam vorwärts. Die Schweiz muss voranschreiten. Dazu bieten sich vier Massnahmen an:

- Trotz des erbitterten Widerstands der schweizerischen Luftfahrtbranche soll diese **dem EU-Emissionshandelssystem** unterstellt werden, damit sie einen Minimalpreis für ihre CO₂-Emissionen bezahlt. Das unterzeichnete Abkommen mit der EU soll ratifiziert werden.
- **Effizienzstandards** für Flugzeuge gehören sukzessive angehoben.
- eine **Ticketabgabe** soll eingeführt werden, wie sie schon verschiedene europäische Länder kennen. Der Ertrag soll in die internationale Klimafinanzierung fließen.
- Schliesslich sollen die internationalen **Bahnverbindungen aus der Schweiz in das europäische Umland** massiv verbessert werden, sodass Distanzen bis 1000 oder 1500 km mit der Bahn zurückgelegt werden können. Dazu gehört eine Kombination von direkten Hochgeschwindigkeitsverbindungen mit Nachtzügen. Der Aufbau dieser Verbindungen soll von der öffentlichen Hand verlangt und unterstützt werden.

4. DIE SP VERLANGT EINE KLIMAKOMPATIBLE FINANZPLATZ-STRATEGIE

Im Gegensatz zum vorherigen Kapitel, wo eine Justierung der links-grünen Doktrin in Sachen Verkehr vorgeschlagen wird, muss hier festgestellt werden: **Die bürgerliche Haltung des Laissez-faire am Markt geht zu 100 Prozent in die falsche Richtung, denn der entfesselte Markt sucht ständig nach neuen Öl- und Gasvorkommen.** Diese werden sogleich in den Bilanzen der Energiemultis kapitalisiert und spiegeln sich in ihren Börsenkursen. Zudem wird nach wie vor massiv in CO₂-intensive Branchen investiert.

Die Grundregeln der Physik sagen uns jedoch, dass diese Entwicklung total verkehrt ist: Um die Klimaerwärmung einzudämmen, **müssen die Kohlenstoffreserven im Untergrund bleiben, statt mit der Verbrennung in die Luft zu gelangen.** Die Politik muss also handeln und die Finanzmärkte in bessere Klimabahnen lenken. Die unterirdischen Kohlenstoffreserven dürfen nicht mehr die Bilanzen der Energiekonzerne aufblasen. Wie folgende Grafik zeigt, sind wir aktuell weit davon entfernt.



Figur 2: Die Kohlenstoffblase: Die Menge an Kohlenstoff, welche die Menschheit maximal noch verbrennen darf, damit sich die Erde nicht mehr als 2 Grad erwärmt, ist rund fünf Mal kleiner als die bilanzierten fossilen Reserven der 200 grössten Energiekonzerne (Grafik: <http://fossilfreeindexes.com/research/the-carbon-underground/>).

Die meisten Pensionskassen sind in dieser Kohlenstoffblase stark exponiert. Wenn es weltweit gelingen soll, den Klimawandel in den Griff zu bekommen, dürfen diese Reserven nicht angezapft werden. Somit werden sie eines Tages buchhalterisch wertlos sein. Daher droht ein Riesenabschreiber in der Schweizer Anlagelandschaft. Neben den Banken, Anlagefonds und Versicherungen wären auch die Versicherten der zweiten Säule stark betroffen. **Die SP akzeptiert nicht, dass das angesparte Alterskapital der in der Schweiz tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in falschen und kurzsichtigen klimaschädigenden Anlagen verspekuliert wird und setzt sich auf allen Ebenen ein, dass diese nach und nach abgestossen werden.**

Der Rohstoffhandel, die Vermögensverwaltung und die Investitionstätigkeit sind tragende Säulen des schweizerischen Finanzplatzes und somit auch der Volkswirtschaft. Es ist leider zu befürchten, dass diese Branchen auf dem falschen Fuss erwischt werden, wenn sie sich nicht rechtzeitig in Richtung einer klimaverträglichen Strategie umorientieren. Diese schmerzliche Erfahrung hat die Schweiz schon mit der Steuerhinterziehung und dem Bankgeheimnis gemacht. Die SP will, dass man aus den Fehlern der Vergangenheit lernt und die Folgen dieses Mal besser antizipiert. Die aktuelle Entwicklung zeigt auch, dass sich der Finanzplatz unter den neuen Bedingungen der sogenannten Weissgeldstrategie recht gut entwickelt. **Wir sind überzeugt, dass eine klimakompatible Strategie den Finanzplatz stärken wird.** Mit einer bewussten strategischen Ausrichtung auf nachhaltige Finanzierungen (sustainable finances) können sich die Schweizer Banken und Versicherungen in einem rasch wachsenden Geschäftsfeld positionieren. Es wird aber höchste Zeit das zu tun. Denn die EU-Kommission hat eine Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen vorgelegt, die einen eng getakteten Fahrplan und den Einbezug aller einschlägigen Akteure des Finanzsystems vorsieht. Bereits haben sich acht Nationalbanken (darunter China, England, Frankreich und Deutschland) und drei nationale Finanzaufsichtsbehörden aus Ländern mit grossen Finanzmärkten dem Zweigrad-Ziel verpflichtet. Die SNB bleibt aussen vor.

Und immer mehr Institutionen steigen aus ethischen und wirtschaftlichen Gründen aus dem Geschäft mit fossiler Energie aus. Gegen 900 Institutionen, darunter grosse Staatsfonds und Pensionskassen haben ihre Anlagen in den letzten Jahren bewusst klimafreundlich ausgerichtet, indem sie ihre Anteile an Kohle-, Öl- oder Gaskonzernen vollständig oder teilweise verkauft haben.

Für die SP ist daher klar: Ab 2030 sollen Schweizer Unternehmen keine Öl- und Gasprojekte mehr finanzieren oder sich an Firmen, die im Öl-, Gas- oder Kohlesektor tätig sind, beteiligen. Daher schlägt die SP sechs Massnahmen vor, um die Klimarisiken des Finanzplatzes abzuwenden und einen konstruktiven Beitrag zur weltweiten Bekämpfung der Klimaerwärmung zu leisten ([vgl. Bericht „Für einen klimafreundlichen Schweizer Finanzmarkt“ von Beat Jans](#)):

- 1. Die Ziele der Vermögensverwaltung sind gesetzlich zu erweitern.** Die drei klassischen Ziele der Vermögensverwaltung Sicherheit, Rentabilität und Liquidität, welche Art. 71 des BVG beschreibt, sind um die Dimension Klimaverträglichkeit zu erweitern.
- 2. Transparenz schaffen.** Pensionskassen, Versicherungen aber auch Banken, Vermögensverwalter, und Börsen sollen verpflichtet werden, über die Klimaauswirkungen ihrer Investitionen zu berichten.
- 3. Zielvorgaben für alle Anleger machen.** Der Bundesrat gibt allen Anlegern Kenngrößen und Reduktionsziele vor. Die staatlichen Vorsorgeeinrichtungen von Bund und Kantonen wie Publica, Pensionskassen der kantonalen Angestellten, SUVA, AHV/IV/EO-Fonds gehen konsequent voran.
- 4. Die Nationalbank verpflichten.** Die Nationalbank bekennt sich öffentlich zum Pariser Klimaabkommen und leistet ihren Beitrag dazu. Sie evaluiert ihre eigenen Investitionen

gegenüber Klimarisiken und erweitert ihre Anlagerichtlinien, um Investitionen auszuschliessen, die systematisch gravierende Klimaschäden verursachen.

5. CO₂-Abgabe auf klimaschädigende Kapitalgewinne. Auf dem Finanzplatz Schweiz wird eine Abgabe auf die Investmentrendite von klimaschädlichen Finanzprodukten eingeführt. Wie die Flugticketabgabe dient deren Ertrag der internationalen Klimafinanzierung. Damit würden die Kosten der Klimaerwärmung endlich auf dem Finanzmarkt sichtbar und die Kapitalströme könnten in klimafreundlichere Investitionsalternativen fließen.

6. Internationales Engagement der Schweiz gegen klimaschädliche Investitionen. Die Schweiz spricht keine Exportrisikogarantie und keine Gelder im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit für Projekte, welche die Extraktion von fossilen Brennstoffen und den Ausstoss von Klimagasen fördern und sie engagiert sich im Rahmen ihres Einsitzes bei OECD, UNO, Weltbank und anderen internationalen Institutionen für eine klimaschonende Investitionspolitik.

5. ENERGIEPOLITIK ALS TRAGENDE SÄULE DER KLIMAPOLITIK

Die SP steht für die Vollversorgung mit Energie aus erneuerbaren Energiequellen.

Mit einer eidg. Volksinitiative (Cleantech-Initiative) leistete die SP schon 2011 einen wichtigen Beitrag dazu. Die SP wird auch unterstützt durch die Bevölkerung, welche der Energiestrategie 2050 mit einer grossen Mehrheit zugestimmt und damit ein klares Zeichen für die Energiewende abgegeben hat. **Die SP ist stolz darauf, einen wesentlichen Beitrag zu diesem historischen Erfolg geleistet zu haben.**

Damit die Schweiz im Sinne des Pariser Abkommens bis 2050 beinahe klimaneutral wird, muss jedoch der Umbau des Energiesystems schneller vorangetrieben werden. Die SP verlangt, dass die Effizienz in der Energieverwendung gesteigert wird. Die **Gebäudesanierung gehört beschleunigt**, indem die Sanierungsrate gesteigert wird. Entgegen dem bundesrätlichen Vorschlag soll das erfolgreiche Gebäudeprogramm nicht befristet werden. Die Lenkungsabgabe auf Brennstoffen soll weiter angehoben werden, wenn die Klimaziele nicht erreicht werden. Zudem sollen die kantonalen Bemühungen zur Verschärfung der Gebäudevorschriften im Bundesrecht unterstützt werden.

Es braucht einen **gesetzlich verpflichtenden inländischen Ausbaupfad bei den erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Solarenergie.** Die heutigen Zwischenziele beim Ausbau der Erneuerbaren und bei der CO₂-Absenkung sind entsprechend zu erhöhen und als verbindliche Dekarbonisierungsstrategie bis 2050 auszugestalten.

Nur so kann es ermöglicht werden, dass der Atomausstieg und die inländische Dekarbonisierung nicht in einem Import von Dreckstrom münden.

Natürlich dürfen die übrigen Dimensionen der Klimapolitik nicht vernachlässigt werden.

- **Die Klimafinanzierung für den Süden soll gestärkt werden:** Die Einnahmen aus der Flugticketabgabe sollen für die Finanzierung der internationalen Klimaschutzvorhaben eingesetzt werden, zu welcher sich die Schweiz mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens verpflichtet hat. Die Gelder sind zusätzlich und nicht auf Kosten der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit zu generieren. Bei Bedarf ist auch die Verfassung in dem Sinne anzupassen.
- **Die Forschung und Innovation müssen ausgebaut werden:** Die wissenschaftlichen Portfolios müssen stärker auf Innovationen für die Energiewende ausgerichtet und besser dotiert werden. Neben etablierten Firmen sollen auch Startups in diesem Bereich zu Kapital kommen. Der erfolgreiche Technologiefonds des bisherigen CO₂-Gesetzes soll verstärkt werden und für den Gang auf den Markt sollen Firmen einfacher zu Risikokapital kommen.
- **Die Landwirtschaft soll weniger ausstossen und klimafreundlicher ausgerichtet werden.** Das soll im Rahmen der neuen Agrarpolitik geschehen. Das Hauptrisiko besteht darin, dass vorgelagerte Prozesse versteckte Emissionen im Ausland verursachen, zum Beispiel bei der Herstellung von Dünger und von tierischer Ernährung. Somit würde man die Illusion einer Klimafreundlichkeit pflegen, statt eine reale Wirkung zu entfalten.
- Der Kauf von CO₂-Reduktionszertifikaten aus dem Ausland kann nur in Ergänzung zu den Inlandzielen erfolgen. Es sollen mit diesem Instrument Projekte mit Technologietransfer unterstützt werden.

6. FAZIT

Die Dekarbonisierung ist zugleich eine weltweite Notwendigkeit und eine Chance für die Schweiz. Sie gehört konsequent vorangetrieben.

Für die Schweiz sind gute Rahmenbedingungen, welche eine rasche Energiewende befördern, eine grosse Chance. Denn sie verfügt über gute Infrastrukturen sowie viel Kompetenz, Innovation und Forschung für die Energiewende. Gelingt es ihr, die fossile Energieversorgung zu ersetzen, kann sie rund 10 Milliarden Franken, welche sie jedes Jahr für den Import von Erdöl und Erdgas ans Ausland verliert, in der Schweizer Wirtschaft halten. Und sie wird unabhängiger von zum Teil instabilen und undemokratischen Ländern, welche fossile Energieträger an die Schweiz liefern.

Der ökologische Umbau schafft Wertschöpfung in der Schweiz. Im letzten Jahrzehnt wurden auch dank dem aktuellen CO₂-Gesetz und der Förderung der erneuerbaren Energien rund 40'000 neue Stellen in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz geschaffen. Die Bruttowertschöpfung wurde damit um gegen 6 Mrd. Franken gesteigert.

Die SP ist überzeugt, dass Cleantech eine Schlüsselbranche der Weltwirtschaft darstellt. Die Schweiz wird viel gewinnen, wenn sie die Energiewende führend vorantreibt. Die Schweiz soll sich deshalb ambitionöse Ziele setzen und klare Vorgaben machen, die sie an die Spitze bringen. Diese Vorgaben sind frühzeitig zu beschliessen, damit die Akteure der

Wirtschaft genügend Zeit haben sich auszurichten. Die Kostenentwicklung ist zu beobachten und wo nötig durch soziale Massnahmen zu flankieren.

Schliesslich ist die Eindämmung der Klimaerwärmung die Voraussetzung für den Wohlstand. Gelingt sie nicht, wird die Entwicklung der ärmeren Länder verunmöglicht. Zudem wird es immer wahrscheinlicher, dass das aktuelle Wohlstandsniveau der entwickelten Länder nicht zu halten sein wird. Wir wollen aber diesen Teufelskreis des kriegerischen Runs auf den letzten Öltropfen vermeiden und im Gegensatz dazu eine nachhaltige Entwicklung aufgleisen, welche die Ressourcen des Planeten nicht überstrapaziert. Nur unter diesen Voraussetzungen ist eine sichere, gerechte und dauerhafte Entwicklung der Menschheit möglich.